

# Thomas de Maizière neuer Kuratoriumspräsident des DFK

## Bundesinnenminister stellt finanzielle Mittel für den Aufbau eines „Nationalen Zentrums für Kriminalprävention“ in Aussicht

### Wolfgang Kahl

Das Kuratorium der Stiftung hat in seiner Sitzung am 28. Mai 2014 in Berlin den Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, zum neuen Präsidenten gewählt. Er übernimmt die Geschäfte von seinem Amtsvorgänger, dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Heiko Maas. Als Vizepräsidentin ist die niedersächsische Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz neu im Amt. Dr. Rüdiger Grube, Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Bahn AG, wurde als weiterer Vizepräsident bestätigt. Wiedergewählt wurde zudem der Stiftungsvorstand: Prof. Gerd Neubeck von der DB AG als Vorsitzender, Stefan Daniel (BMJV) als Geschäftsführer und Norbert Seitz (BMI).

In seiner Antrittsrede betonte Dr. de Maizière, dass es für das Gelingen von Prävention gute Konzepte und eine erfolgreiche Überführung bewährter Programme in den Präventionsalltag brauche. Vor dem Hintergrund knap-

per Ressourcen werde es künftig immer wichtiger, in nachweislich wirksame Präventionsansätze zu investieren.

Der scheidende Kuratoriumspräsident Heiko Maas hob in diesem Zusammenhang den DFK-Arbeitschwer-



punkt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ hervor und lobte das vom DFK in Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen kürzlich entwickelte Webportal „Wegweiser Prävention“.

Als Impulsgeberin aus der Wissenschaft erläuterte Professorin Dr. Dr. Christiane Spiel von der Universität Wien dem Kuratorium die im Auftrag des österreichischen Kultusministeriums entwickelte *Nationale Strategie zur Gewaltprävention an österreichischen Schulen und Kindergärten*.

Auch Bundesminister Dr. de Maizière ist es ein Kernanliegen, die Rahmenbedingungen für die nachhaltige Umsetzung präventiver Maßnahmen auf Bundesebene zu verbessern. Er kündigte eine Verstärkung der Präventionsarbeit des Bundes an. Man wolle die in der letzten Wahlperiode von führenden Präventionsexperten im Rahmen des Zukunftsdialoges der Bundeskanzlerin entwickelte Idee eines „Nationalen Zentrums für Kriminalprävention“ aufgreifen. Im Haushaltsjahr 2015 und in den Folgejahren werde das BMI hierfür jeweils 500 000 Euro bereitstellen. Zur Ausgestaltung sollen Vorschläge erarbeitet werden.

